

Warum der Osten anders ist - Vom Umgang des Westens mit den fünf neuen Kolonien

von Mike Burkhardt (dr. phil.)

1990 – Wie man erfolgreich einen Aufbruch erstickt

Als am 9. November 1989 die Berliner Mauer und in ihrer Folge die Regierung der DDR fiel, hatten die DDR-Bürger etwas bewerkstelligt, was in der politischen Theorie eigentlich nicht vorgesehen war – eine erfolgreiche gewaltfreie Revolution. Im Herbst 1989 endete nicht nur eine Ära realsozialistischer Unterdrückung und Mangelwirtschaft für 16 Millionen Deutsche. Gleichzeitig wurden auch freiheitliche, auf Privatinitiative basierende Kreativkräfte entfesselt, wie sie in dieser Konzentration nur ganz selten in der Geschichte zutage traten. Alles schien möglich, die Zukunft stand weit offen, „the sky was the limit“. Für einen kurzen Moment öffnete sich vor den Augen der Ostdeutschen ein Fenster in eine noch unbeschriebene Welt, die Chance, bei der Gestaltung einer neuen, freien, dynamischen Gesellschaft mitzuwirken.

Weniger als ein Jahr später wurde dieses Fenster wieder zugeschlagen und verriegelt. Wie eine Kolonialmacht hatte die BRD die Gebiete zwischen Harz und Oder mit ihrer eigenen Verwaltung überzogen und den neuen Bundesbürgern eine Weltsicht und die mit ihr verbundene Bürokratie übergestülpt,

die sich nach Ansicht der Westdeutschen bewährt hatte.¹ Die angelernte Erwartungshaltung an den Staat als Heilsbringer und Übermutter, von der sich die Ostdeutschen gerade erst gelöst hatten, wurde wieder heraufbeschworen. Wer kann es den ehemaligen DDR-Bürgern verdenken, dass sie auf das Versprechen von „[blühenden Landschaften](#)“² hereingefallen sind? Schließlich wurde durch die Politik eine positive Erwartungshaltung geschaffen, der sich kaum jemand entziehen konnte.

Aber Politik und Staat lieferten nicht. Das westdeutsche Wirtschaftssystem lieferte – naturgemäß – erst recht nicht, sondern verleibte sich alles ein, was die leitunglos gewordene Zentralverwaltungswirtschaft noch zu bieten hatte. Schon bald präsentierte sich das Land wieder als Selbstbedienungsladen der Reichen und Mächtigen, die genau wie zuvor die DDR-Eliten kein Interesse daran hatten, den Großteil der Bevölkerung an wirtschaftlichen Erträgen und politischen Entscheidungen teilhaben zu lassen. Stattdessen wurden unter dem Mantel der „political correctness“ neue Sprech- und Denkverbote eingeführt. Alles blieb beim Alten, nur die politischen Vorzeichen und die Wortwahl in der Rhetorik hatten sich geändert.

Wo waren der Glanz und die Euphorie jenes 9. Novembers, an dem die Berliner Mauer fiel, geblieben? Hatte es am Ende gar keine Revolution gegeben?

Jede Revolution braucht ihr Highlight

So wie der Fall der Berliner Mauer zu dem Symbol der ostdeutschen Revolution geworden ist, hat jede große Revolution in der Geschichte ihr Ereignis, dem nahezu mythische Bedeutung beigemessen wird. Der [Sturm auf die Bastille](#)³ am 14. Juli 1789, die [Schüsse des Panzerkreuzers Aurora](#)⁴ in St. Petersburg in der Nacht vom 6. auf den 7. November 1917 oder die [Boston Tea Party](#)⁵ am 16. Dezember 1773 sind solche Ereignisse, denen im Nachhinein epochenmachende Bedeutung zugeschrieben wird. Kaum einem Zeitzeugen war damals bewusst, welche historische Tragweite diesen Ereignissen zukommen würde.

Anders beim Fall der Mauer. Jedem, der damals in Berlin oder an den Fernsehbildschirmen in Ost und West mit dabei war, ist in jener Nacht klar geworden, dass er oder sie Zeuge eines weltverändernden Ereignisses war. Im Nachhinein wird auch der Fall der Mauer als Symbol für einen gelungenen historischen Prozess angesehen, im Gegensatz zu den oben genannten Beispielen wird aber den Akteuren, die dieses Ereignis möglich gemacht haben, kaum Bedeutung beigemessen. Den DDR-Bürgern, die sich aktiv in der [Umweltbibliothek](#), dem [Neuen Forum](#), bei Friedensgebeten, auf den Montagsdemonstrationen und an jenem 9. November 1989 entlang der Berliner Mauer für einen politischen Wandel eingesetzt haben, kommt in der heutigen Betrachtung eher eine Statistenrolle zu. Das Bild des unmündigen, unterdrückten

Ostdeutschen, der vom großen weltpolitischen Wandel in die Freiheit gespült wurde, wird immer wieder in den Medien gepflegt. Es wird seit Jahrzehnten so getan, als sei den Ostdeutschen die Revolution einfach passiert, obwohl sie in Wirklichkeit als Helden dieser Geschichte dargestellt werden müssten. Denn es waren diese DDR-Bürger, die unter Gefahr für Leib und Leben auf die Straße gingen und für ihre Freiheit kämpften.

Menschen, die nie in einer Diktatur gelebt haben, können nicht ermessen, welche persönlichen Risiken diese Menschen auf sich genommen haben. Vielleicht fehlte den Westdeutschen für eine würdigere Darstellung der Leistung der Ostdeutschen sichtbare Gewalt und Blutvergießen, wie sie für eine „richtige“ Revolution typisch sind. Auch deshalb wird heute im allgemeinen Sprachgebrauch typischerweise von „Wende“ und „Wiedervereinigung“ gesprochen. Hätte sich der treffendere Begriff „friedliche Revolution“ etabliert, wäre es unmöglich, deren Helden zu verschweigen.

Die Merkmale der westdeutschen Kolonialpolitik

Ganz anders ist unser Bild von den als Mohawk-Indianer verkleideten Männern, die am 16. Dezember 1773 auf drei Schiffe im Hafen von Boston stürmten und den dort durch einen Streit um seine Verzollung auf seine Entladung wartenden Tee ins Hafenbecken kippten. Diese unbeugsamen, auf ihre Freiheitsrechte beharrenden Amerikaner taugen auch heute noch als Vorbild zum Widerstand gegen staatliche

Willkür und Unterdrückung. Wir bewundern ihren Mut und ihre Entschlossenheit, gegen das britische Unrechtssystem, das ihnen in ihren Augen ungerechtfertigte Zölle auferlegte, notfalls auch mit rechtswidrigen Mitteln vorzugehen. Diese Männer gelten heute als Helden, obwohl sie, im Gegensatz zu den ostdeutschen Montagsdemonstranten, nicht ihr Leben aufs Spiel setzten. Die Boston Tea Party war aber dennoch ein wichtiger Schritt in Richtung amerikanische Unabhängigkeit. Drei Jahre später begann der amerikanische Unabhängigkeitskrieg.

Warum lohnt der Blick in Richtung amerikanische Unabhängigkeitsbewegung, wenn es uns doch um Ostdeutschland nach 1989 geht? Es gibt einige Parallelen, deren genauere Betrachtung es ermöglicht, die Entwicklung Ostdeutschlands seit dem Mauerfall besser zu verstehen.

In seinem 1982 erschienenen Buch über die Amerikanische Revolution⁶ hat Hans-Christoph Schröder herausgearbeitet, wie über mehrere Jahrzehnte unterschiedliche Reibungspunkte zwischen britischen Behörden und den Kolonisten entstanden waren.

- Eine der wichtigsten Quellen für Unmut auf Seiten der Kolonisten bildete dabei das von England in die Kolonien entsandte Personal. Schröder spricht von Postenjägern und Glücksrittern, „deren wirtschaftliche Lage und charakterliche Beschaffenheit oft

gleichermaßen dubios waren, die keine Kenntnisse von Land und Leuten besaßen und die zumeist nur den Wunsch hatten, sich so schnell wie möglich zu bereichern und Amerika wieder zu verlassen.“ Auch die von England eingesetzten Gouverneure seien oft nur dritt- oder viertklassige Gefolgsleute englischer Politiker gewesen, die allein aufgrund ihrer „Beziehungen“ zu diesem Amt gekommen wären. Sie stellten demnach, so Schröders Schluss, eine negative Auslese dar, deren Entsendung den Kolonisten gleichsam vor Augen führte, wie niedrig das Mutterland die Kolonien einschätzte.⁷

Auch in den Osten Deutschlands strömte nach 1989 vor allem dritt- und viertklassiges Personal, um sich dort eine goldene Nase zu verdienen. Wer im Westen in einem Firmenvorstand saß, hatte es nicht nötig, die Koffer zu packen und ein unnötiges Risiko im „wildem Osten“ einzugehen. Diejenigen in der zweiten Reihe, für die ein breiter Schreibtisch mit Ausblick aus dem Panoramafenster bereits reserviert war, hatten ebenso wenig zu gewinnen, wenn sie die Bequemlichkeit ihrer durch jahrelangen Beziehungsaufbau gepolsterten Karrierehöhle verließen. Folgerichtig waren es vor allem die Vertreter des unteren und mittleren Managements, die bereits seit Jahren auf der Stelle getreten hatten und in ihren westdeutschen Firmen ohnehin keine Chance mehr auf eine Beförderung

sahen, die gen Osten zogen, um den Brüdern und Schwestern hinter der abgerissenen Mauer die Grundlagen der Marktwirtschaft näher zu bringen.⁸ Hilfreich war natürlich die marktwirtschaftliche Ahnungslosigkeit der in einer Zentralverwaltungswirtschaft sozialisierten neuen Mitbürger. Als diese später verstanden, wie sie systematisch „abgezogen“ und betrogen worden waren, blieb bei ihnen ein Gefühl der Entwürdigung zurück.

Dass diese Entsendung drittklassiger Kräfte in die neuen ostdeutschen Kolonien nicht auf die Wirtschaft beschränkt blieb, zeigt der Zustrom an in der Karrieresackgasse steckengebliebenen oder bereits ausgemusterten Politikern nach den Landtagswahlen am 14. Oktober 1990. Beispielhaft sei hier das Kabinett Biedenkopf in Sachsen erwähnt. Angeführt von einem aus der nordrhein-westfälischen Politikerrente zurückgeholten Ministerpräsidenten verschaffte das Kabinett unter anderem einem Finanzdezernenten der Stadt Münster als Finanzminister und einem Bürgermeister der Weltstadt Neumünster als Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit lukrative und einflussreiche Posten. Ungeachtet der Verdienste von Georg Milbradt und Kajo Schommer steht dieses Vorgehen exemplarisch für die negative Auslese an politischen Abenteurern, die die ostdeutsche Politik nach der Wiedervereinigung prägen sollten.

- Die Auswirkungen des geringen Respekts des britischen Mutterlands vor den amerikanischen Kolonien dürfen nicht unterschätzt werden, wenn es um das Verständnis der Unzufriedenheit in den Kolonien mit dem Vorgehen der Engländer geht. Sämtlichen die Kolonien betreffenden Bestimmungen lag die Idee zugrunde, dass „die Kolonien Rohstoffe für das Mutterland zu liefern und als Abnehmer englischer Erzeugnisse zu fungieren hätten.“⁹ Der Regierung im britischen Mutterland war zwar durchaus daran gelegen, den Lebensstandard und die Einkommensmöglichkeiten der Kolonisten zu heben, aber nur, damit sie zu zuverlässigen Abnehmern englischer Produkte werden konnten. Nicht beabsichtigt war die Entstehung einer selbstständigen, konkurrenzfähigen Wirtschaft in Nordamerika. Dass jegliche Versuche, in den amerikanischen Kolonien eine eigene endverarbeitende Wirtschaft aufzubauen, von den englischen Produzenten mit Argusaugen beobachtet und möglichst schon im Keime erstickt werden sollten, zeigt unter anderem der letztendlich gescheiterte Versuch Londoner Schiffsbauer aus dem Jahr 1724, Schiffbau in Nordamerika komplett verbieten zu lassen.¹⁰

Auch die fünf neuen Bundesländer wurden schon bald nach dem Mauerfall vor allem als erweiterter Absatzmarkt für Waren und Dienstleistungen westdeutscher Herkunft gesehen. Wie ging es aber mit der ostdeutschen Wirtschaft weiter, der

Lebensgrundlage vieler ostdeutscher Bürger? Wie sollte eine staatsorganisierte Planwirtschaft umgebaut werden? Diese Frage wurde gar nicht erst gestellt. Die Lösung dieses Problems ergab sich unmittelbar aus der Übertragung der westdeutschen Regeln auf den Osten. Es wurde von Anfang an nach den Regeln der Marktwirtschaft gespielt und das hieß für die oft unmodernen Produktionsstätten, dass es keine angemessene Übergangszeit für die Anpassung der Ostwirtschaft an ein völlig anderes Wirtschaftssystem geben konnte.

Diese Anpassung im Ostdeutschland der frühen 1990er Jahre war aber genauso wenig beabsichtigt, wie der Aufbau von Manufakturen in Nordamerika im 18. Jahrhundert. Nicht einmal an den traditionell starken Industriestandorten wie etwa Mittelsachsen oder im Industriedreieck Halle-Leipzig wurde ein solcher Versuch unternommen. Eine funktionierende ostdeutsche Produktion hätte ja Konkurrenz für westdeutsche Unternehmen bedeutet.¹¹ Ein Ausverkauf der ostdeutschen Wirtschaft war vorprogrammiert.

Diesen Ausverkauf organisierte die Treuhandgesellschaft, deren eigentlicher Auftrag es war, den Übergang der ostdeutschen Kombinate in die Marktwirtschaft zu steuern.¹² Wie hier der Kern der ostdeutschen Industrie für „Glasperlen und Billigschnaps“ (um ein Bild englischer Kolonialwirtschaftspolitik zu gebrauchen) verscherbelt

wurde, stieß vielen Ostdeutschen mehr als unangenehm auf. Schließlich hatten sie unter zum Teil großen persönlichen Opfern ein Leben lang am Aufbau dieser Kombinate mitgewirkt. Ein besonders eindrucksvolles Beispiel für die Arbeit der Treuhand und ihre Folgen stellt der Fall der Mitteldeutschen Kali AG (MDK) dar, die in den frühen 1990er Jahren mit der in Hessen sitzenden K+S fusioniert wurde.¹³ Im Zuge der Zusammenlegung beider Firmen brachte die MDK 1,04 Mrd. D-Mark Bareinlage in die Fusion ein. Dieses Geld bezahlte die Treuhand der K+S für die Fusion, um das angeblich geringe Ertragspotential der Thüringer Lagerstätten auszugleichen und um die Modernisierung der Thüringer Werke zu ermöglichen. Ein Großteil der ostdeutschen Kaligruben wurde in den Folgejahren geschlossen. Tausende Kumpel in Thüringen verloren ihre Arbeit. K+S hatte einen potentiellen Konkurrenten weniger und konnte seinen Aufstieg zum weltweit führenden Hersteller im Salzgeschäft ungestört fortsetzen. Die westdeutschen Aktionäre waren die Gewinner, die ostdeutschen Kumpel die Verlierer. Die Frage, ob die Mitteldeutsche Kali AG mit einer Kapitalausstattung von über 1 Mrd. D-Mark eigenständig zu einem konkurrenzfähigen Unternehmen im internationalen Kalimarkt hätte werden können, muss Spekulation bleiben. Die Chance, es herauszufinden, wurde durch die schnelle Fusion mit K+S gar nicht erst ermöglicht. Es stellt nur eine

ironische Fußnote der Geschichte dar, dass zwanzig Jahre später thüringische Lagerstätten, die angeblich in den 1990er Jahren erschöpft waren, für einen Salzabbau erneut erkundet wurden.

Auch bei den DDR-Kombinaten, die einer Stilllegung entgingen, wurde der mögliche Versuch einer eigenständigen Entwicklung verhindert. Volkswagen in Zwickau¹⁴, Opel in Eisenach¹⁵, oder – als Beispiel für die vielen kleineren Unternehmensübernahmen – die Frankfurter Lurgi AG beim Anlagenbau in Chemnitz¹⁶, übernahmen die gut ausgebildeten Facharbeiter der ostdeutschen Firmen und füllten mit ihnen als billige Arbeitskräfte neu errichtete Produktionsstätten oder ließen von ihnen Dienstleistungen zu günstigeren Ostlöhnen ausführen, ebenfalls alles zum Vorteil der westdeutschen Aktionäre.

Die Vermutung, dass bei den Übertragungen und Abwicklungen von Firmen zu Spottpreisen wie 1 D-Mark oder sogar noch Aufschlägen wie bei der MDK nicht alles mit rechten Dingen zugegangen ist, liegt nahe. Dennoch ist es auch heute noch, 28 Jahre nach der Wiedervereinigung, für den Normalverbraucher schwierig, frei zugängliche Informationen zu Korruption und Vetternwirtschaft im Zuge des „Aufbau Ost“ zu finden. Darüber wird nicht geredet. Eine juristische Aufarbeitung möglicher Verdachtsfälle scheint es nicht gegeben zu haben.

Durch die Reduktion auf die Rolle als bloße Konsumenten westdeutscher Unternehmen wurden die Ostdeutschen um unzählige potentielle Arbeitsplätze gebracht, die es ihnen ermöglicht hätten, in Würde ihre Familien zu ernähren und sich von Anfang an als gleichberechtigte Deutsche zu erleben. Stattdessen war für viele Ostdeutsche die erste Begegnung mit der sozialen Marktwirtschaft ein Besuch beim Arbeitsamt und zum Teil auch die Einsicht, dass ihr erlernter Beruf über Nacht nicht mehr existierte und somit ein Teil ihrer Biographie wertlos geworden war. Durch ihr Leben in der DDR waren Ostdeutsche zudem bis 1989 vom Erwerb von Aktien westdeutscher Unternehmen und der Schaffung anderer nennenswerter Vermögen ausgeschlossen. Heute sind ostdeutsche Immobilien und Firmen zum großen Teil im Besitz westdeutscher Eigentümer.¹⁷ Ostdeutsche können durch ihre geringen Vermögen und Einkommen in diesem Bereich nicht wesentlich aufholen.

- Bis 1763 konnte das Verhältnis zwischen England und seinen Kolonien laut Jack P. Geene noch als „uneasy connection“ bezeichnet werden.¹⁸ Die Verbindung funktionierte einigermaßen, war jedoch von hintergründigen Spannungen gekennzeichnet. Nach 1763 trat jedoch verstärkt zutage, dass die Menschen in den Kolonien eine demokratische Repräsentation jedes Bürgers in Entscheidungsprozessen wollten („no

taxation without representation“). Dagegen wollten die Engländer die Herrschaft von Adel, Geistlichkeit und Städten zementieren. Die Kolonisten waren dem Mutterland in ihrem Wunsch nach mehr Demokratie weit voraus. Die Verweigerung dieser Mitbestimmungsforderungen durch die Engländer erhöhte die Spannungen zwischen Kolonien und Mutterland.

Auch zwischen Ost- und Westdeutschland hat sich in den Jahren nach 1989 eine „uneasy connection“ entwickelt. Diese Spannungen werden im Osten weitaus stärker wahrgenommen als im Westen. Dazu dürfte die Tatsache maßgeblich beigetragen haben, dass die gesamte Bringschuld der deutschen Einigung auf den Schultern der ehemaligen DDR-Bürger lag. Dies wird allerdings im Westen ganz anders wahrgenommen. Die Menschen in den alten Bundesländern stehen zwar insgesamt dem Schicksal der Ostdeutschen eher gleichgültig gegenüber, empfinden ihren Einsatz für die neuen Bundesländer in Form des Soli, der übrigens auch von den Ostdeutschen gezahlt wird, als große Beeinträchtigung. Sie fühlen sich gegenüber dem Osten sogar zurückgesetzt, weil die Infrastruktur dort modernisiert wurde.¹⁹ Jeder kann sich selbst ausmalen, was die Alternative zu dieser Infrastrukturmodernisierung im Osten gewesen wäre.

Regelmäßig werden wir von den Medien daran erinnert, dass die Produktivität im Osten geringer als im Westen ist.²⁰ Dabei hat unter anderem Karl-Heinz Paqué bereits vor zehn Jahren nachgewiesen, dass dieser Unterschied vor allem eine Frage des Preises der in ostdeutscher Produktion gefertigten Waren ist.²¹ Die Ostdeutschen an sich arbeiten nicht weniger produktiv als die Westdeutschen, wie die zahllosen Grenzpendler und innerdeutschen Migranten beweisen, die im Westen Deutschlands genauso produktiv sind, wie ihre westdeutschen Kollegen. Aber dennoch wird mit solchen knappen Meldungen suggeriert, dass die Ostdeutschen wirtschaftlich nicht in einer Liga mit ihren westdeutschen Verwandten spielen.

Das gegenseitige Unverständnis ist groß. Den Kürzeren ziehen letztlich trotzdem die Ostdeutschen, denn von ihnen wird einseitige Dankbarkeit erwartet, Ostdeutsche werden wegen ihres Akzents als dumm abgestempelt, kollektiv als Nazis verunglimpft und immer wieder von oben herab belehrt.²²

Das Grundgesetz der alten BRD war ursprünglich nur als Provisorium gedacht. So hieß es in Artikel 146 bis 1990: „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen

worden ist. “²³ Anders als durch diesen Artikel ermöglicht, hat es nach der Wiedervereinigung nicht einmal einen Versuch gegeben, eine neue Verfassung zu erarbeiten. Es gab kein gemeinsames Ausloten von Visionen über den zukünftigen gemeinsamen Staat auf Augenhöhe, kein Interesse an ostdeutschen Befindlichkeiten, keinen Willen von westdeutscher Seite, auch die eigenen lieb gewonnen oder möglicherweise auch nur antrainierten Gewohnheiten zu hinterfragen. Stattdessen wurde den angegliederten Gebieten einfach das alte Grundgesetz übergestülpt als wären sie Kolonien.

Zu diesen Vereinnahmungen zählt auch die Wahl der Nationalhymne. Das Deutschlandlied war bereits unter den Nationalsozialisten Hymne des Deutschen Reiches. Warum sollte man dieses Lied in Erwägung ziehen, wenn man eine friedliche Zukunft, eingebettet in Europa, anstrebt? Ohne Debatte wurde dennoch dessen dritte Strophe ab dem 3. Oktober 1990 automatisch zur gesamtdeutschen Nationalhymne. Eine neue Nationalhymne hätte der historischen Tragweite der deutschen Wiedervereinigung Rechnung tragen können. Mit dem Verzicht auf eine neue Komposition signalisierte man den Ostdeutschen aber auch, sich bloß nicht zu viel auf ihre friedliche Revolution einzubilden.

Bis heute sind die Ostdeutschen in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens und in der Wirtschaft unterrepräsentiert. Wie viele Ostdeutsche

sitzen heute zum Beispiel außerhalb der Politik an den Schaltzentralen der Macht, in Vorständen von DAX-Unternehmen oder in Entscheidungsgremien der großen Medien in Fernsehen, Rundfunk und Presse? Lediglich 1,7 Prozent der Spitzenpositionen in der Verwaltung, Wirtschaft und Politik mit Ostdeutschen besetzt, dabei beträgt ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung 17 Prozent.²⁴ Von 180 Vorstandsmitgliedern in DAX-Konzernen, über deren Herkunft etwas bekannt ist, stammten 2012 nur zwei aus Ostdeutschland.²⁵ 194 der insgesamt 217 Bundesbehörden haben ihren Hauptsitz in Westdeutschland.²⁶ Das führt unter anderem dazu, dass im Bundesschnitt 2,3 Bundesbeschäftigte auf 1000 Einwohner kommen. In Sachsen sind es nur 0,9, in Thüringen sogar 0,7.²⁷ Damit tragen die Ostdeutschen mit ihren Steuern einen nicht unerheblichen Teil zur Finanzierung der im Schnitt deutlich über dem ostdeutschen Durchschnittseinkommen liegenden Gehälter der vor allem im Westen lebenden Bundesbeschäftigten bei. Immer noch ist es so, dass ostdeutsche Akzentsprecher als naiv oder dumm belächelt werden, wenn sie Vorschläge zur Verbesserung in wirtschaftlichen, politischen oder gesellschaftlichen Prozessen machen.²⁸ Folge dieser geringen Repräsentation ist, dass Entscheidungen getroffen werden, die die ostdeutsche Perspektive systematisch vernachlässigen.

Was haben die Westdeutschen durch die Wiedervereinigung neu gelernt? Wenig im Vergleich zu den Ostdeutschen. Denn diese mussten lernen, wie man ein guter Westdeutscher wird. So wurde beispielsweise von Sprachwissenschaftlern geschätzt, dass ostdeutsche Erwachsene zwischen 1990 und 1995 etwa 3000 Wörter neu lernen mussten.²⁹ Dies gilt allein für die Alltagssprache. Der Fachwortschatz, den die meisten Ostdeutschen bei Umschulungen und im Arbeitsalltag zusätzlich in Rekordzeit erwerben mussten, ist hier noch gar nicht mit eingerechnet. Und dabei wurde noch nicht einmal angesprochen, was sonst noch über Sprache hinaus, quasi über Nacht gelernt werden sollte: Demokratie, Anpassung an die multikulturelle Gesellschaft Westdeutschlands, marktwirtschaftliches Denken, aber auch die vielen kleinen Dinge des Alltags, die sich plötzlich geändert hatten. Doch der Lernwille und die Bereitschaft, sich selbst zu reformieren, haben Grenzen: Es gibt zahlreiche Dinge, die ein Mensch nach 40, 30 oder auch nur 15 Jahren Leben im Staat DDR nie so sehen wird wie ein Mensch, der im Westen groß geworden ist. Das kann interessant sein, wenn man sich denn interessiert.

Auch aus der Geschichts- und Erinnerungskultur des vereinigten Deutschlands, die eine Grundlage kollektiver Identität bildet, wurden ostdeutsche Erfahrungen systematisch getilgt. Wir alle erinnern uns an den Marshall-Plan, das Wunder von Bern, das

Wirtschaftswunder, Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, den NATO-Doppelbeschluss, die Studentenunruhen 1968, Willi Brandts Kniefall von Warschau, die RAF, Wackersdorf, Frauenbewegung und Friedensmärsche, die Fußballweltmeisterschaft 1974 (nur nicht so gern an die 0:1 Niederlage gegen die DDR). Rudi Altig, Steffi Graf, Boris Becker und Michael Groß sind bekannte Größen am deutschen Sportolymp.

Ereignisse, die das Leben der Ostdeutschen in den 40 Jahren zwischen 1949 und 1989 geprägt haben, werden fast vollständig unter den Tisch gekehrt. Mauerbau und Mauerfall werden in deutschen Schulen als Symbole der Minderwertigkeit des Lebens in der DDR thematisiert, aber damit hat sich der ostdeutsche Anteil an der gesamtdeutschen Geschichts- und Erinnerungskultur bereits erschöpft.

Die „erste Elf“ der neu eingerichteten Hall of Fame des deutschen Fußball besteht mit Ausnahme von Matthias Sammer, der seine große Zeit aber auch erst nach 1990 erlebte, nur aus westdeutschen Spielern.³⁰

Nicht einmal Hans-Jürgen „Dixie“ Dörner, Lothar Kurbjuweit oder Reinhard Häfner, allesamt Schlüsselspieler beim Olympiasieg der DDR-Nationalmannschaft 1976, wurden auch nur in Betracht für die Fußball Hall of Fame gezogen. Ein schwacher Trost ist es da für die Ostdeutschen, dass zumindest Torwartlegende Jürgen Croy als potentieller Kandidat gehandelt wurde. Natürlich schaffte auch er es nicht

einmal auf die Shortlist. Und während den meisten Ostdeutschen die Namen der oben genannten westdeutschen Sportler durchaus ein Begriff sind, hier ein Test für alle Westdeutschen: Marlis Göhr?

All diese Punkte zeigen, dass die Wiedervereinigung eine einseitige Integrationsleistung der Ostdeutschen war. Mitbestimmung über die Gestaltung der Gesellschaft wurde ihnen aber verwehrt.

Fazit

Wie gezeigt, wurden die ostdeutschen Bundesländer nach der friedlichen Revolution 1989 ganz ähnlich wie die nordamerikanischen Kolonien im 18. Jahrhundert wahrgenommen und behandelt.

Der Historiker James Davies beschrieb in seiner Analyse der amerikanischen Revolution mit seiner so genannten J-Kurve die Diskrepanz zwischen enttäuschten Erwartungen und enttäuschender Realität als einen revolutionsauslösenden Faktor.³¹

Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass sich durch die unwürdige Behandlung ein Teil der Ostdeutschen im Protestmodus befindet. Dieser Modus wird vielleicht nicht zu einer neuen Revolution führen, er kann aber zur Folge haben, dass die Gräben zwischen Ost- und Westdeutschland wieder vertieft werden.

Die Vergangenheit kann nicht rückgängig gemacht werden. Wichtig ist heute, dass der Umgang mit Ostdeutschland nach dem Fall der Mauer auch im Westen kritisch reflektiert und dass diese koloniale Haltung endlich abgelegt wird. Dadurch werden die Unterschiede in den Sichtweisen nicht verschwinden. Ob diese Unterschiede ein Problem oder eine Bereicherung darstellen, hängt ganz davon ab, ob man es mit Meinungsvielfalt und Demokratie wirklich ernst meint und ob man bereit ist, langfristig Überzeugungsarbeit zu leisten oder sich lieber auf Vorurteile, Belehrungen und Appelle beschränkt. Dafür ist es notwendig, das Gespräch mit Ostdeutschen zu suchen. Wer den Osten verstehen will, muss den Osten verstehen wollen.

Zum Autor:

Mike Burkhardt, geboren 1975 in Karl-Marx-Stadt, hat 2009 an der Universität Kopenhagen im Fachbereich Geschichte habilitiert. Derzeit arbeitet er als Lehrer an einer Gesamtschule in Niedersachsen. Nichts desto trotz ist und bleibt er Sachse.

- 1 Land, Rainer; Willisch, Andreas, Ostdeutschland – ein Umbruchszenario, in: Hannes Bahrmann; Christoph Links (Hrsg.), Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit - Eine Zwischenbilanz, Berlin 2005, S. 14.
- 2 Fernsehansprache von Bundeskanzler Kohl anlässlich des Inkrafttretens der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990, *Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr. 86 (3. Juli 1990)*.
- 3 https://www.deutschlandfunk.de/sturm-auf-die-bastille-die-zerstoerung-der-tyrannenfestung.871.de.html?dram:article_id=291660, letzter Zugriff: 30.12.2018.
- 4 https://de.rbth.com/kultur/2014/11/02/panzerkeuzer_aurora_ein_schuss_schreibt_geschichte_31723, letzter Zugriff: 30.12.2018.
- 5 <https://www.history.com/topics/american-revolution/boston-tea-party>, letzter Zugriff: 30.12.2018.
- 6 Schröder, Hans Christoph, Die amerikanische Revolution. Eine Einführung, München 1982.
- 7 Schröder, S. 34.
- 8 Siehe Köpping, Petra, Integriert doch erst mal uns. Eine Streitschrift für den Osten, Berlin 2018, S. 108f.
- 9 Schröder, S. 35.
- 10 Schröder, S. 36.
- 11 http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/policy/Staff-Comments-in-the-Media/Interviews-in-print-media/Archive/Interviews_2015/medienecho_ifointerview-drkultur-28-02-2015.html, letzter Zugriff: 30.12.2018.
- 12 Böick, Markus, Die Treuhand. Idee - Praxis - Erfahrung 1990-1994, Göttingen 2018.
- 13 Zusammen wachsen. Die Wiedervereinigung der Deutschen Kaliindustrie. (Quelle: <http://www.k-plus-s.com/de/pdf/2015/wiedervereinigung-deutsche-kaliindustrie.pdf>, letzter Zugriff: 30.12.2018)
- 14 https://www.volkswagen-sachsen.de/content/dam/companies/de_vw_sachsen/dokumente/unternehmen/die-volkswagen-sachsen-gmbh.pdf, letzter Zugriff: 30.12.2018.
- 15 <https://eisenach.thueringer-allgemeine.de/web/eisenach/startseite/detail/-/specific/Neues-Modell-sichert-Zukunft-fuer-Eisenacher-Opelwerk-181593918>, letzter Zugriff: 30.12.2018.
- 16 <https://www.cac-chem.de/cac/Unternehmen/Historie.aspx>, letzter Zugriff: 30.12.2018.
- 17 <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ungleiche-verteilung-die-vermoegensmauer-zwischen-ost-und-west-13070833.html>, letzter Zugriff: 30.12.2018.
- 18 Schröder, S. 38.
- 19 <https://www.sueddeutsche.de/politik/debatte-um-solidaritaetszuschlag-zeit-fuer-den-aufbau-west-1.1180511>, letzter Zugriff: 30.12.2018.
- 20 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article146628317/Der-Osten-schliesst-die-Luecke-zum-Westen-nicht-mehr.html>, letzter Zugriff: 30.12.2018.
- 21 Paqué, Karl-Heinz, Deutschlands West-Ost-Gefälle der Produktivität: Befund, Deutung und Konsequenzen, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 78 (2009), 2, S. 63–77.
- 22 z.B. <https://www.tagesspiegel.de/kultur/rechtsextremismus-in-ostdeutschland-resistent-gegen-demokratie/22972990.html>, letzter Zugriff: 30.12.2018.
- 23 <https://lexetius.com/GG/146,2>, letzter Zugriff: 30.12.2018.
- 24 <https://www.dw.com/de/kaum-ostdeutsche-ganz-oben-in-den-eliten/a-40909192>, letzter Zugriff: 30.12.2018.
- 25 Stefan Mau, Ossifreie Zone, in: Zeit-online, 12.04.2012, <https://www.zeit.de/2012/16/P-Ostdeutsche-Elite>, letzter Zugriff: 30.12.2018.
- 26 Dietmar Neuerer, Bund kommt bei Ost-West-Angleichung nicht voran, in: Wirtschaftswoche, 15.03.2018, <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/aufteilung-von-bundesbehoerden-bund-kommt-bei-ost-west-angleichung-nicht-voran/21075846.html>, letzter Zugriff: 30.12.2018.
- 27 <http://www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/Bund-will-weitere-Behoerden-in-Ostdeutschland-ansiedeln>, letzter Zugriff: 30.12.2018.
- 28 <https://www.cicero.de/kultur/sachsen-bashing-schaut-nur-hin-auf-diese-menschen>, letzter Zugriff: 30.12.2018.
- 29 <https://www.tagesspiegel.de/kultur/man-spricht-westdeutsch/728906.html>, letzter Zugriff: 30.12.2018.
- 30 <https://www.dfb.de/news/detail/hall-of-fame-die-erste-elf-196946/>, letzter Zugriff: 30.11.2018.
- 31 Davies, James C. (1969). "The J-Curve of Rising and Declining Satisfactions as a Cause of Some Great Revolutions and a Contained Rebellion." In Graham, H. D. and Gurr, T. R. (eds.), The History of Violence in America, A Report to the National Commission on the Causes and Prevention of Violence. New York: Bantam, S. 690–730.